

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Dienstag, dem 30. Oktober 1990

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN/Bündnis 90)	12, 13	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	2, 4
Eigen (CDU/CSU)	14, 15	Schwalbe (CDU/CSU)	3
Hönicke (CDU/CSU)	16, 17	Dr. Seifert (Gruppe PDS)	7
Lowack (CDU/CSU)	9	Sielaff (SPD)	1
Lüder (FDP)	10, 11	Stiegler (SPD)	5, 6
Marschewski (CDU/CSU)	22, 23	Wüppesahl (fraktionslos)	18, 19
Müntefering (SPD)	20, 21	Zierer (CDU/CSU)	8

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
Kann die Bundesregierung Auskunft über die zukünftige Aufgabenstellung des „Instituts für Konversion der Streitkräfte (IKOS)“ (ehemals Militärakademie „Friedrich Engels“) geben, das zum 3. Oktober 1990 in den Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für Verteidigung überführt worden ist, und stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß angesichts der zu erwartenden Reduzierungen bei der Bundeswehr Planungs- und Koordinierungsbedarf für die Umstellung bisher militärisch-orientierter Einrichtungen und Arbeitsplätze in zivile Projekte und Aufgaben besteht?

2. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
Warum kündigt der Sprecher der Luftwaffe an, daß die von US-Botschafter Walters verbindlich versprochene Einstellung der Luftbetankungsmanöver über bewohnten Gebieten wie z. B. über Nürnberg nur vorübergehend Gültigkeit haben soll, und von wem wird künftig die Überwachung des Luftraums bei militärischen Flügen der NATO-Verbündeten vorgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

3. Abgeordneter
Schwalbe
(CDU/CSU)
Welche finanziellen Regelungen sieht die Bundesregierung für angehende Ärzte im gesamten Gesundheitswesen der neuen Bundesländer vor, die unter die Regelung im Staatsvertrag zum „1. Juli 1988“ fallen, und inwieweit gelten die bereits abgeschlossenen Arbeitsverträge?

4. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, daß insbesondere geschiedene Alleinerziehende in den fünf neuen Bundesländern die Pauschalzahlung des Zusatzkindergeldes in Höhe von 300 DM für dieses Jahr im Regelfall nicht geltend machen können, weil von den Behörden notariell beglaubigte Bescheinigungen verlangt werden, daß der Vater kein steuerpflichtiges Einkommen hat, und was will die Bundesregierung dagegen tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

5. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Treffen Hinweise aus dem Bereich der Deutschen Bundesbahn zu, daß die Produktion und Indienststellung des Pendolino zeitlich in Verzug geraten ist bzw. in Verzug zu geraten droht, und was wird die Bundesregierung unternehmen, das Pendolino-System zur Attraktivitätssteigerung der Deutschen Bundesbahn so schnell wie möglich verfügbar zu haben?
6. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie stark ist das Defizit der Deutschen Bundesbahn durch eine Veränderung der Abschreibungspraxis beeinflußt, und in welcher Weise werden die durch die Veränderung der Abschreibungspraxis erzeugten Verluste auf die Bundesbahndirektionen zur Erzielung von Einsparungen durch Streckenstilllegungen und andere Maßnahmen weitergegeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

7. Abgeordneter
Dr. Seifert
(Gruppe PDS)
- Wie steht die Regierung zu dem Vorschlag, Menschen mit Behinderungen einen Mietzuschuß zu gewähren, um ihnen das Wohnen auch in Innenstadtbereichen oder anderen Gegenden ihrer Wahl zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Warum werden die im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik in Schlesien eingesetzten Deutschlehrer nicht dort verwendet, wo – wie beispielsweise in Oppeln – deutsche Volkszugehörige wohnen und bisher kein Deutschlehrer tätig ist, anstatt sie dort – z. B. in Brieg – einzusetzen, wo ausschließlich polnische Volkszugehörige wohnen, die kein Interesse an deutschem Sprachunterricht zeigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- In welcher Form wird die Bundesregierung dem Problem der deutschen Vertriebenen gerecht, die in das Gebiet der ehemaligen DDR vertrieben wurden, nunmehr ihre alte Heimat endgültig verlieren sollen und durch die Stichtagsregelungen keinerlei Anspruch auf Lastenausgleich erhalten können, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diesen Fällen über die Härtefallsregelung gerecht zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter
Lüder
(FDP)
- Nachdem festgestellt worden ist, daß in den ostdeutschen Bundesländern das bisher in der DDR geltende Grunderwerbsteuergesetz noch bis Jahresende fortgilt, so daß Grunderwerb, auch wenn er zu Investitionen notwendig ist, nicht wie im alten Bundesgebiet mit 2%, sondern mit 7% Grunderwerbsteuer belegt wird, frage ich, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Übereinstimmung mit den Wünschen der Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft festzulegen, daß für Grunderwerb in allen deutschen Bundesländern ab Herstellung der staatlichen Einheit der Bundesrepublik Deutschland der einheitliche Grunderwerbsteuersatz von 2% zur Anwendung kommt?
11. Abgeordneter
Lüder
(FDP)
- Wenn die Bundesregierung keine Möglichkeiten sieht, wie hoch schätzt die Bundesregierung den Schaden, der durch grunderwerbsteuerbedingte Verzögerungen von Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern eintreten kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

12. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN/
Bündnis 90)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die jüngsten Gesetzesvorhaben in Skandinavien zur Reduzierung des Energieverbrauches, und welche der geplanten Maßnahmen des norwegischen Energiegesetzes im einzelnen gedenkt die Bundesregierung zu übernehmen, daß u. a. den Energieversorgungsunternehmen vorschreiben soll Energieeinsparung allgemein, aber auch

beim Endverbraucher finanziell zu fördern, Energieeinsparberatung für Endverbraucher durchzuführen, die Energieeinsparpotentiale im Versorgungsgebiet zu ermitteln, einen Energiesparplan zu erarbeiten und umzusetzen der diese Potentiale erschließt und jährlich einen diesbezüglichen öffentlichen Bericht vorzulegen?

13. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN/
Bündnis 90)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Argumente für eine Energiesteuer (im Gegensatz zu der von ihr favorisierten CO₂-Steuer), welche z. B. sind, daß der Treibhauseffekt nicht nur auf die CO₂-Emissionen zurückzuführen ist und somit die Energieeinsparung allgemein gefördert werden sollte und nicht die Substitution von (Braun-) Kohle durch Erdgas, die Methanleckagen bei Förderung und Transport von (sibirischem) Erdgas z. T. 6% erreichen und somit die relative Treibhausgefährdung dieses Erdgases an die Gefährdung von Kohle heranreicht, die Ressourcenverfügbarkeit von Erdgas wesentlich schlechter als von Kohle ist, die allgemeine ökologische und soziale Belastung durch den Abbau von fossilen Brennstoffen bei einer Steuer auch gewichtet werden müßte, eine weitere Förderung der Atomenergie politisch nicht gewünscht ist, und bis wann gedenkt die Bundesregierung eine (nationale) Energie-/CO₂-Steuer einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

14. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen haben die Vorschläge der EG-Kommission für die GATT-Verhandlungen auf die Einkommen der bäuerlichen Familien in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft?

15. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Sind die Vorschläge der EG-Kommission, das Stützungs niveau für Agrarprodukte um 30% zu senken, noch mit dem Vertrag vom Rom zu vereinbaren, in dem die Landwirtschaft der Europäischen Gemeinschaften die Präferenz für die Erzeugung von Nahrungsmitteln für die Verbraucher der Europäischen Gemeinschaften gesichert bekam?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

16. Abgeordneter
Hönicke
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um eine Kündigungswelle für Ärzte in Ambulatorien und Polikliniken zu vermeiden und so zu verhindern, daß die ambulante Versorgung der Bevölkerung gefährdet wird?
17. Abgeordneter
Hönicke
(CDU/CSU)
- Welche Fördermöglichkeiten sieht die Bundesregierung bei der Schaffung von Praxisräumen und der Finanzierung von Praxiseinrichtungen?
18. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Welche Rechtfertigung sieht die Bundesregierung in der nach dem Gesundheits-Reformgesetz vorgesehenen Regelung, wonach für ambulante Badekuren eine Kürzung von Tagesgeldzuschüssen vorgesehen ist, während aber für stationäre Kuren alle Kosten von der Krankenkasse übernommen werden, und worin sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer vom Gesundheits-Reformgesetz vorgesehenen Ungleichbehandlung von ambulanten und stationären Kuren hinsichtlich ihrer Bezuschussung?
19. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen, daß der Tagesgeldzuschuß bei der ambulanten Badekur im Gegensatz zu der stationären Kur nach dem Gesundheits-Reformgesetz einer Kürzung unterliegt, die dazu führt, daß die Frage ob eine stationäre oder ambulante Kur angetreten wird, nicht nach der medizinischen Indikation, sondern nach finanziellen Gesichtspunkten entschieden wird, und worin sieht die Bundesregierung die nach dem Gesundheits-Reformgesetz vorgesehene Notwendigkeit einer Kürzung von Tagesgeldzuschüssen bei ambulanten Badekuren, während bei stationären Kuren alle Kosten von der Krankenkasse übernommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

20. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Bereitet die Bundesregierung eine Änderung des Mietrechtes vor, um das Unterlaufen des Mieterschutzes bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch die Bildung von sog. „Bruchteileigentum“ zu verhindern?

21. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Bereitet die Bundesregierung eine Änderung des Mietrechts vor, um sicherzustellen, daß Mieter von Wohnungen, die in Bauherren- oder Erwerbermodellen errichtet und über Zwischenvermieter vermietet wurden, nicht willkürlich und ohne jeden Mieterschutz gekündigt werden können?
22. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es entgegen der ausdrücklichen Meinung des Deutschen Bundestages für wirklich notwendig oder insbesondere für zeitgemäß, für die Richter an den Obersten Gerichtshöfen des Bundes die Dienstzeit über das 65. Lebensjahr hinaus auszudehnen?
23. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung dem Vorschlag „Sympathie“ entgegenbringt, den Bundesrichtern zu gestatten, auf Antrag bis zum 67. Lebensjahr im Dienst zu bleiben?

Bonn, den 26. Oktober 1990